

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 51 (2024)
Heft: 4: Die Bürde der Schweizer Bauern: Sie fühlen sich machtlos - und werden laut

Artikel: Die Initiativen scheitern, doch die Sorgen bleiben
Autor: Peter, Theodora
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077508>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Initiativen scheitern, doch die Sorgen bleiben

Die Schweizer Stimmberchtigten lehnten am 9. Juni 2024 zwei Volksinitiativen ab, die unterschiedliche Rezepte gegen die sehr hohen Gesundheitskosten propagierten. Das ungelöste Problem wird die Politik auch weiterhin beschäftigen.

THEODORA PETER



Drei Monate nach dem überraschenden Volksentscheid zugunsten einer 13. AHV-Rente blieb diesmal an der Urne eine weitere sozialpolitische Sensation aus. Obwohl viele Haushalte unter der Last hoher Krankenkassenprämien ächzen (siehe «Revue» 3/2024), wollte eine Mehrheit der Stimmenden nichts vom Ausbau der Verbilligungen wissen. Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP wäre vor allem Geringverdienenden zugutegekommen, die heute mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkasse ausgeben. Das Volksbegehr stiess in der Romandie und im Tessin auf viel Zuspruch – dort sind die Prämien höher als in anderen Regionen. Doch die Deutschschweizer Kantone (siehe Karte) und mit ihnen die Mehrheit der Stimmenden, 55,5 Prozent, legten ihr Veto ein. Die Gegnerinnen und Gegner hatten in der Kampagne insbesondere vor den Folgekosten in Milliardenhöhe gewarnt. Die Auslandschweizerinnen und -schweizer unterstützen ihrerseits vergeblich das Ja-Lager: Sie stimmten der Vorlage knapp zu.

Noch deutlicher scheiterte die zweite Abstimmungsvorlage zu den Gesundheitskosten: Mit 62,8 Prozent Nein scheiterte die sogenannte «Kostenbremse im Gesundheitswesen»; auch die Auslandschweizerinnen und -schweizer waren dagegen. Lediglich fünf Kantone stellten sich hinter die Initiative der Mitte-Partei. Diese erhoffte sich vom Instrument der Kostenbremse mehr Druck für effektive Kostensenkungen. Eine Mehrheit der Stimmenden be-

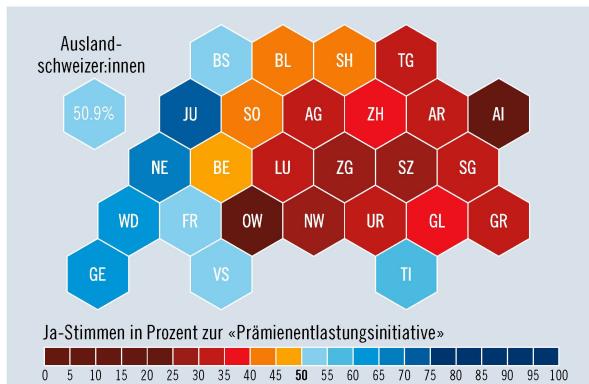
fürchtete jedoch, dass ein solches Rezept zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen könnte. Ganz ohne Folgen bleiben die abgelehnten Initiativen indes nicht.

In beiden Fällen treten jetzt sogenannt indirekte Gegenvorschläge in Kraft, welche das Parlament bereits früher beschlossen hatte. So müssen Kantone, die bislang wenig in Prämienverbilligungen investieren, künftig mehr Geld dafür ausgeben – jedoch deutlich weniger als dies die Initiative verlangt hätte. Und statt einer Kostenbremse muss der Bundesrat künftig alle vier Jahre Kosten- und Qualitätsziele für den Gesundheitsbereich festlegen. Damit soll nicht zuletzt transparenter werden, welche Kosten medizinisch gerechtfertigt sind. Das ist aus Sicht von Gesundheitsökonomen ein Schritt in die richtige Richtung, doch stellen sich mit der demografischen Entwicklung weitere Herausforderungen. Die Generation der sogenannten Babyboomer befindet sich im Pensionsalter und wird mit steigendem Alter mehr Kosten für Arztbesuche oder Spitalaufenthalte verursachen.

Volk will bestmögliche Versorgung

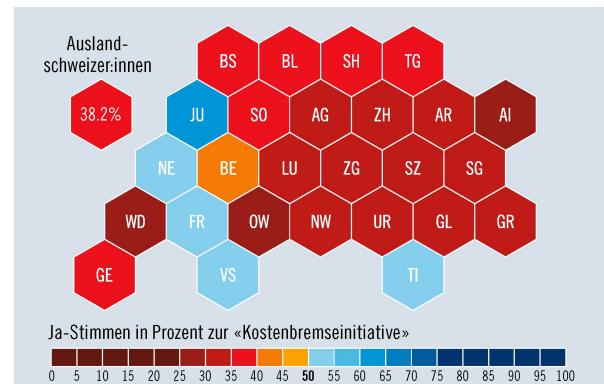
Die teure Gesundheitsversorgung bleibt eine der grössten finanziellen Sorgen der Schweizer Bevölkerung. Innert 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt, und für 2025 droht eine weitere Erhöhung. Die verschiedenen Akteure konnten sich bislang nicht auf Reformen einigen, welche diese Entwicklung stoppen.

Prämienentlastungsinitiative



Das Volksbegehr der SP fand keine Mehrheit: 55,5 Prozent der Stimmenden sowie die Mehrzahl der Kantone sagten Nein. Einzig die lateinischen Kantone unterstützten die Forderung nach einer Deckelung der Prämien. Ja votierten auch die Auslandschweizerinnen und -schweizer.

Kostenbremseinitiative



Auf eine Ablehnung von 62,8 Prozent stiess die Initiative der Mitte, die eine Kostenbremse im Gesundheitswesen installieren wollte. Nur fünf Kantone stellten sich hinter ein solches Instrument zur Regulierung steigender Ausgaben. Das Votum der Fünften Schweiz: ebenfalls Nein.

Eine finanzielle Entlastung bringen soll ein neues Finanzierungsmodell, welches mehr Anreize für ambulante Behandlungen ohne teure Spitalaufenthalte schafft. Auch dazu hat bald das Volk das letzte Wort.

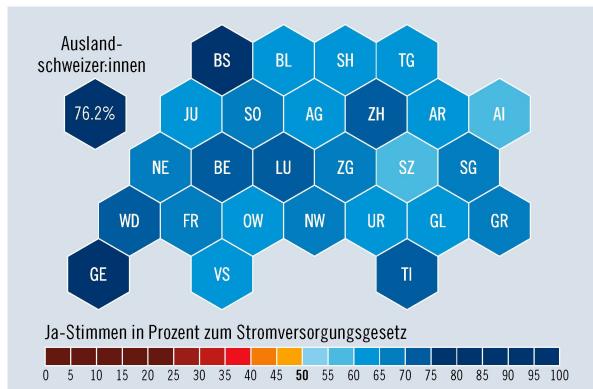
Eine Einheitskasse? Oder Zwang zur Koordination? Oder den Katalog der Behandlungen bereinigen?

Die politischen Parteien setzen ihrerseits auf unterschiedliche Rezepte: Die SP bringt erneut die Idee einer öffentlichen Einheitskasse aufs Tapet. Diese soll den «Pseudowettbewerb» zwischen den 45 privaten Krankenkassen beenden und dadurch für Einsparungen sorgen. Die Mitte will die Kantone bei der Planung von Spitätern zu mehr Koordination zwingen. FDP und SVP plädieren ihrerseits dafür, den Katalog der Behandlungen zu reduzieren, die von der Krankenkasse bezahlt werden müssen. Bislang hat das Stimmvolk jedoch alle Vorlagen abgelehnt, die zu einem Leistungsabbau führen könnten. Im Bedarfsfall möchte jede und jeder für sich und seine Nächsten die bestmögliche Medizinversorgung erhalten.

Impfkritiker chancenlos

Am 9. Juni kamen zwei weitere Vorlagen an die Urne. Mit dem klaren Ja (68,7 Prozent) zum Stromversorgungsgesetz ebneten die Schweizerinnen und Schweizer den Weg zu einem Ausbau der heimischen Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen wie Wasser, Sonne und Wind. Chancenlos blieb hingegen die Initiative gegen «Impfzwang». Die Kritikerinnen und Kritiker der Corona-Massnahmen wollten ein entsprechendes Verbot in die Verfassung schreiben. 73,7 Prozent der Stimmenden erachteten dies als überflüssig: Schon heute kann niemand gegen seinen Willen geimpft werden.

Stromversorgungsgesetz



Mit der klaren Zustimmung von schweizweit 68,7 Prozent setzten die Stimmenden ein klares Zeichen für einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz. Alle Kantone stimmten zu. Die Auslandschweizerinnen und -schweizer sagten sehr deutlich Ja.

Die Abstimmungen vom 22. September 2024 im Überblick

Biodiversitäts-Initiative

Aus Sicht von Natur- und Umweltorganisationen unternimmt die Schweiz zu wenig für den Erhalt von artenreichen Lebensräumen. Ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz gelten als gefährdet oder als bereits ausgestorben.

Mit der Biodiversitäts-Initiative würde ein stärkerer Schutz der natürlichen Lebensräume in der Verfassung verankert. Der Staat soll dafür mehr Flächen und mehr Geld zur Verfügung stellen.

Der Bundesrat wollte den Anliegen der Initianten mit Gesetzesanpassungen entgegenkommen. Ein solch indirekter Gegenvorschlag scheiterte aber im Ständerat – nicht zuletzt aufgrund des Widerstands aus der Landwirtschaft (mehr zum Thema Bauernlobby im Schwerpunkt auf Seiten 4–7).

Den Gegnerinnen und Gegnern gehen die Forderungen der Biodiversitäts-Initiative zu weit. Sie befürchten, dass damit die Nutzung des ländlichen Raums für die Landwirtschaft, die Stromproduktion oder den Tourismus zu stark eingeschränkt wird.

Reform der beruflichen Vorsorge

Die Renten aus den Pensionskassen – der 2. Säule der Altersvorsorge nebst der AHV – stehen seit Längerem unter Druck. Der Hauptgrund ist die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung. Die vom Parlament beschlossene Reform der Beruflichen Vorsorge (BVG) soll die BVG-Finanzierung absichern – unter anderem mit der Senkung des sogenannten Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent auf 6,0 Prozent. Dies führt zu tieferen Leistungen, die für eine Übergangsgeneration mit Rentenzuschlägen kompensiert werden sollen. Gegen die Vorlage hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund das Referendum ergriffen. Aus seiner Sicht sind die Kompensationen für Rentenkürzungen ungenügend. Zudem würden Arbeitnehmende durch höhere Lohnabzüge zusätzlich zur Kasse gebeten.

Aus Sicht der bürgerlichen Befürworterinnen und Befürworter bringt die Reform hingegen einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt. Auch verweisen sie darauf, dass neu Teilzeitbeschäftigte mit niedrigem Einkommen in der zweiten Säule versichert wären.

Link zur Initiative:

www.biodiversitaetsinitiative.ch

Nein-Komitee:

www.biodiversitaetsinitiative-nein.ch

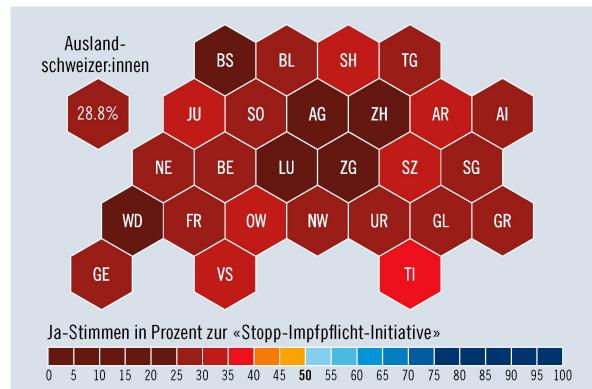
Link zum Referendum:

www.rentenabbau.ch

Ja-Komitee:

www.ja-bvg.ch

Stopp-Impfpflicht-Initiative



Fast drei Viertel der Stimmenden (73,7 Prozent) sowie alle Kantone lehnten das Volksbegehr «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ab. Die Kritiker der Corona-Massnahmen wollten das Verbot einer «Impfplicht» in die Verfassung schreiben. Nein votierte auch die Fünfte Schweiz.